

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 204 - Zuwanderung und Integration
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Ulrike Spitzer 563 2730 563 8178 ulrike.spitzer@stadt.wuppertal.de
	Datum:	18.10.2013
	Drucks.-Nr.:	VO/0886/13 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
05.11.2013	Integrationsausschuss	Empfehlung/Anhörung
Entwicklung der Aufwendungen im Bereich der wirtschaftlichen Hilfen und der Unterbringung		

Grund der Vorlage

Anpassung der Haushaltsplanung 2014

Beschlussvorschlag

Dem Rat der Stadt wird empfohlen, in der Haushaltsplanung 2014/2015 für 2014 einen Mehrbedarf von 2,78 Mio. für die wirtschaftliche Hilfe und Unterbringung von Flüchtlingen zu berücksichtigen.

Einverständnisse

Der Stadtkämmerer ist einverstanden.

Unterschrift

Dr. Kühn

Begründung

Am Ende des Jahres 2013 wird die Zahl der Hilfeempfänger unterjährig um insgesamt 430 Personen gestiegen sein. Folge der hohen Zuweisungen nach Wuppertal sind zudem Mehraufwendungen im Bereich der Unterbringung. Für 2013 wird ein Mehrbedarf von 3,06 Mio. prognostiziert.

Die höheren Aufwendungen in 2013 führen in den Folgejahren ebenfalls zu einem Mehrbedarf. Mit Blick auf die Entwicklung in 2013, den bundesweiten Anstieg von Flüchtlingszahlen und der immer weiter eskalierenden Situation im nahen Osten ist davon auszugehen, dass auch in 2014 mit einem Zuwachs von weiteren 430 Personen gerechnet werden muss.

Dies bedeutet in der Konsequenz ein Anstieg der Unterbringungskosten durch Anmietung und Einrichtung zusätzlichen Wohnraums um ca. 320.000 € und der Transferaufwendungen in Höhe von 2,46 Mio.

Ob des Urteils des Verfassungsgerichtes vom 18.07.2012 sind grundsätzliche Änderungen im AsylBLG erforderlich. Eine gravierende Änderung die erwartet wird ist, dass Menschen mit humanitärem Aufenthalt aus dem Leistungskatalog des AsylBLG herausfallen und Ansprüche nach dem SGB bekommen.

Darüber hinaus ist auch die Prognose der Entwicklung der Zugänge – ob der sehr dynamischen Entwicklungen im arabischen Raum – so langfristig unmöglich. Aus diesem Grunde wird derzeit von einer weiteren Veränderung des Haushaltes ab 2015 abgesehen und ggf. im Herbst 2014 eine Anpassung dieser pflichtigen Aufgaben vorgenommen.

Kosten und Finanzierung

Die Mehraufwendungen für die Transferleistungen und die Unterbringung von Flüchtlingen sind bisher in der Haushaltsplanung 2014 nicht berücksichtigt und müssen daher über eine Veränderungsnachweisung dargestellt werden.

Zeitplan